

177. #7

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
25. Jahrg. Wien, Mittwoch, 21. April 1915. NR 147.

Obmännerkonferenz. In der gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung der Obmänner-Konferenz des Wiener Gemeinderates erstattete Marktamt-direktor-Stellvertreter Spring Bericht über die Erfahrungen, die mit der Brot- und Mehlkarte während der ersten Woche ihrer Gültigkeit gemacht wurden. Im allgemeinen ergaben sich keine besonderen Anstände und Schwierigkeiten. Es konnte allerdings eine Abnahme des Brotkonsums konstatiert werden, die aber weniger als eine Wirkung der Brotkarte anzusehen als vielmehr auf die wenig ansprechende Qualität des Brotes zurückzuführen ist. Das Brot, welches aus Mais- und Weizenmehl im Verhältnisse 3:1 hergestellt ist, entbehrt des gewohnten Wohlgeschmacks und ist vielfach infolge der übermäßigen Beigabe von Futtermehlen oder verdorbenem Weizenmehl bitter. Durch die fortgesetzte Kontrolle und Belehrung der Bäcker seitens der Marktorgane ist aber in dieser Beziehung eine Besserung zu erhoffen. Seit Einführung der Brotkarte ist die Nachfrage nach Zuckerbäckwaren, die allerdings zumeist aus Ersatzmehlen hergestellt werden, mindestens auf das Doppelte gestiegen. Was die Angelegenheit der Angemessenheit der täglichen Brotmenge anlangt, so steht auf Grund der Erfahrungen in der ersten Woche als unzweifelhaft fest, daß eine Differenzierung für die verschiedenen Bevölkerungsschichten unerlässlich ist. Während die bemittelten Stände mit der täglichen Brotration das Auslangen finden und oft auch Ersparungen erzielen, reicht dieselbe für die ärmere Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiterbevölkerung keineswegs aus. Die Nachfrage nach Mehl stieß insofern auf Schwierigkeiten, als in den meisten Geschäften nur geringe Vorräte vorhanden und außer Weizenmehl fast keine anderen Mehlsorten erhältlich waren. Im allgemeinen erwies sich die Beschränkung der Verabfolgung von Mehl lange nicht so drückend wie bei Brot. Zur Erzielung einer regeren Nachfrage nach der leicht dem Verderben unterliegenden Roggenkörner wäre eine Abänderung der Statthalterverordnung vom 27. März 1915 nach der Richtung anzustreben, daß die in den Paragraphen 1 und 2 als Mehl bezeichneten Mahlprodukte auf Mehl und Gries allein beschränkt, Roggenkörner und die sonstigen Mahlprodukte jedoch freigegeben werden.

Auf Grund dieses Berichtes gelangte die Konferenz zu folgenden Beschlüssen: Es möge an die Regierung beantragt werden, 1. Roggenkörner von dem Einkaufe mit der Brotkarte auszuscheiden, 2. eine Differenzierung der Brotkarte nach Berufs-klassen vorzunehmen, weiters der Regierung mitzuteilen, daß die Berechnung des von den Bäckern und Mehlvorschleifern anzusprechenden Mehlspreises nach den abgegebenen Körnern und durchführ-

bar sei und daß die Abgabe von Weizenmehl für gewisse Kranke mit Rücksicht auf ein Gutachten der Professoren Hochneegg und Ortner nicht nötig sei. Weiters wurde der Bürgermeister von der Obmänner-Konferenz ermächtigt, gegen eine Verordnung des Statthalters in Oberösterreich vom 14. April 1915, mit welcher die Ausfuhr von Rindern verboten wurde, bei der Regierung Vorstellung zu erheben. Die Obmänner-Konferenz nahm sodann Stellung zu den in der Sonn- und Montags-Zeitung in der Nummer vom 12. April d.M. erhobenen Angriffen auf die Autonomie der Statutar-Gemeinden und erklärte einmütig, daß sie in der Ernennung der Bürgermeister durch die Regierung für Städte mit eigenem Statut und insbesondere für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eine durch nichts gerechtfertigte Zurücksetzung dieser Gemeinden gegenüber allen übrigen Gemeinden erblicke und von ihr keineswegs eine Verbesserung der Gemeindeverwaltung, sondern vielmehr nur eine völlige Lahmlegung der für die Stadtentwicklung so wichtigen Selbstverwaltungskräfte erwarten könne. Der Bürgermeister stellte weiters das Ansuchen des Klubs der sozialdemokratischen Gemeinderäte um Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung und Wiederaufnahme der Tätigkeit des Gemeinderates zur Diskussion und erklärte, er werde im Sinne des § 69 des Gemeindestatutes, sobald dieses Ansuchen von wenigstens 52 Mitgliedern des Gemeinderates schriftlich an ihn gerichtet würde, die Einberufung einer öffentlichen Gemeinderatssitzung veranlassen.

Städtische Straßenbahnen. Wegen Kanalbauten auf den Naschmarktgründen wird der Straßenbahnverkehr auf der Linie 63 in der Rechten Wienzeile von der Wiedner Hauptstraße bis zur Schleifmühlgasse vom 22. d.M. angefangen, auf die Dauer der Arbeiten eingestellt. Die Züge der Linie 63 verkehren vom genannten Tage an von der Kärntnerstraße über die Laabenstraße, Linie 61 bis zur Schleifmühlgasse und von da über die Gleisverbindung auf die Rechte Wienzeile.

Stadtregulierung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des St.R. Baron in Festsetzung des Generalregulierung und Generalbaulinienplanes die Baulinie für das Gebiet zwischen der Grinzingerstraße - Sandgasse und für den am Zusammenstoße der beiden Verkehrszüge gelegenen Platz sowie für die westlich gelegene Querstraße genehmigt. Hinter diesen Baulinien sind 6 m tiefe Vorgärten anzulegen. Gleichzeitig mit dieser Angelegenheit wurde eine strittige Frage zwischen der Gemeinde Wien und dem Stifte Klostersneuburg wegen Gründe in Heiligenstadt beigelegt.

Klub der Beamten der Kanzlei der Stadt Wien. Der Klub der Beamten der Kanzlei der Stadt Wien gibt bekannt,

daß bei der am 10. d.M. abgehaltenen Hauptversammlung nachstehende Herren in die Klubleitung gewählt wurden: Obmann: Kanzlei-Direktionsadjunkt Hans Fraß, Obmann-Stellvertreter: Kanzlei-Direktionsadjunkt Adolf Heinrich, 1. Schriftführer: Official Max Niederle, 2. Schriftführer: Official Rudolf Arnold, Zahlmeister: Akzessist Josef Stepanek, Archivar: Kanzlei-Direktionsadjunkt Anton Rinklak, Vorstandsmitglieder: Official Ignaz Brandstetter, Oberofficial Richard Dasch, Akzessist Johann Gschiel, Kanzlei-Direktions-Adjunkt Heinrich Kellerbauer, Official Franz Metzger, Oberofficial Heinrich Patzelt, Kanzleidirektionsadjunkt Ludwig Pirko, Official Karl Pokorny, Official Willibald Prochaska, Oberofficial Karl Samhaber; Rechnungsprüfer: Kanzleidirektor Ferdinand Pipeldauer und Kanzlei-Direktionsadjunkt Dr. Karl Höglsberger.

Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der  
Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen  
in Wien und Niederösterreich, I. Neues Rathaus.

Spendenausweis der letzten Woche:

Zentralverein zur Beköstigung armer Schulkinder K 110.000, Generalrat Bernhard Wetzler (durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner) K 5000, Beamte und Arbeiter der österr. Siemens-Schuckertwerke K 3000, Monatsbeiträge für Auspeisungs- und andere Zwecke K 2500, Beamte, Bedienstete und Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke K 1735, 1 Wiger freiw. Gehaltsabzug städt. Lehrpersonen K 1190, 1 Wiger freiw. Gehaltsabzug städtischer Beamter K 812, Rudolf Latzel K 500, H.-S. Schwimmverband K 437, Bezirksarmenrat Gföhl K 363, Bezirkskomitee Innere Stadt K 332, Beamte der österr. Brown-Boveri-Werke A.G. K 331, Postamt 50 K 250, Arbeiterschaft der Tabakfabrik Wien-Ottakring K 203, Beamtenschaft der Fa. Schelhammer & Schattera K 170, Wr. Wach- und Schließgesellschaft K 100, H.H. K 100, Beamte und Diener des Hauptpostamtes Wien I K 100, sowie zahlreiche kleinere Beiträge.

Die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste wurde dem Werkführer der Hof-Chokolade-Fabrik J. Brunbauer & Co. Theodor Geiger verliehen. Die Ueberreichung erfolgte am 17. d.M. durch den Bezirksamtsleiter Magistratsrat Dr. Bibl, wobei anwesend waren: Bezirksvorsteherstellvertreter Burghaber, Bezirksrat Staller, zugleich als Vertreter der Wilhelmadorfer Kinderfreunde, Vertreter der Firma, Hauptmann Schindler der freiw. Turnerfeuerwehr Meidling, Feuerwehrhauptmann Fischer, zahlreiche Angehörige und Freunde.

177